

Offene Worte

Online Nr. 67

Zeitung der LINKEN für den Barnim 25. Nov. 2020, 30. Jahrg.

Die Entscheidungen der „Großen 17“

Oder: Bleibt ab heute alles gleich? Ein Feature.

Heute entscheiden die Ministerpräsident*innen der Bundesländer und das Kanzleramt über weitere Corona-Maßnahmen ab dem 1. Dezember. Ich glaube kaum, dass es irgendjemanden gibt, der die 17 Frauen und Männer darum beneidet.

Wie würden Sie heute über weitere Corona-Maßnahmen entscheiden? Gesundheit, Wirtschaft, Bildung, Kultur gegeneinander abwägen? Das ist wohl eher eine Quadratur des Kreises. Gerech wird es dabei nicht immer zugehen können. Man kann nur Fehler machen. Vielleicht genügt es schon, wenn sie nicht zu eklatant sind.

Viele meinten schon zu den Beschränkungen per 1. November: Weihnachten wie gewohnt? Wohl kaum. Worauf basiert dieses „Bauchgefühl“? Auf persönliche Erfahrungen in der Familie, mit dem Beruf, auf erlebte Krankheit, auf die Kinder oder Enkel, die in Kita oder Schule gehen, auf Sport, Kultur.

Ganz anders scheint es den Ministerpräsident*innen bei ihren Treffen oder Videokonferenzen auch nicht zu gehen. Der „Spiegel“ berichtet in dieser Woche von diesen Treffen mal ganz anders: Wer der 17 Entscheidungsträger*innen sich mit welchem menschlichen Problem herumschlägt und deshalb eher in die eine oder in die andere Richtung tendiert.

Dabei tasten sich alle zunehmend an faktenbasierte Entscheidungen heran. Gab es im Frühjahr manchmal innerhalb von wenigen Stunden neue Erkenntnisse, wurden auf dieser Basis Entscheidungen von gestern geändert, geht es nun seit Monaten um die gleichen Kriterien. Dabei geht es kaum um die reinen Fallzahlen, die schwanken zudem je nach Anzahl der Tests, nach Kapazitäten der Labore. Aber manche Bundesländer haben „Ampeln“ eingerichtet, die Fallzahlen, Ansteckungsrate und die Anzahl der noch zur Verfügung stehenden Klinikbetten zu Grunde legen. Brandenburg hat so eine „Ampel“ nicht. In Brandenburg scheint man immer nur in eine

Verordnung zu gießen, was die „großen 17“ schon beschlossen haben. Eine Auseinandersetzung mit dem Geschehen im eigenen Land wie man es sehr engagiert in Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen erlebt, gibt es in Brandenburg nicht.

Es geht um die Nachverfolgung von Ansteckungen, die Kapazität von Krankenhäusern, Pflegekräften und Ärzt*innen und damit letztlich darum: Wieviel Wert sind uns unsere Mitmenschen, ihr Leben, ihre Gesundheit. Nehmen wir billigend in Kauf, dass eine Blinddarmentzündung, eine Angina oder ein Autounfall nicht mehr (angemessen) behandelt werden kann, weil die Krankenhäuser überfüllt sind?

Gilt uns die Bildung der Kinder und Jugendlichen soviel, dass hinter dem Offenhalten von Kitas und Schulen alles andere zurücksteht? Der Landkreis Hildburghausen in Thüringen muss ab heute Kitas und Schulen schließen, weil die 7-Tage-Inzidenz auf fast 400 gestiegen ist. Keine Chance für Gesundheitsämter hier noch Kontakte nachzuverfolgen. Unter normalen Belastungen schaffen diese 35 Neuinfizierte/100.000 Einwohner*innen, mit Verstärkung der Bundeswehr bis zu 50. Darauf basieren die Grenzwerte, die bundesweit seit dem Sommer für alle Kreise gelten. Für den Barnim ist dieser Wert beim Robert-Koch-Institut am 24. November mit 108,5 angegeben.

Wie würden Sie entscheiden? Und Sie können ja auch entscheiden, im Privaten. Sie bestimmen mit, wie es weiter geht. Sie können Kunst, Kultur und Sport unterstützen, durch Gutscheinkauf, Spenden, Essensbestellungen.

Julia Mertens

Infektionsschutz kontra Demokratie? Siehe OW vom 22. November mit sechs Meinungsäußerungen von Barnimer LINKEN.

Niemand kann
für eine Sache
Kämpfen,
ohne sich Feinde
zu schaffen...

FRIEDRICH ENGEL
(Entwurf zur Grabrede
für Karl Marx
17.3.1883)



Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels
(28. November 1820 bis 5. August 1895)

Zwei Full-Time-Jobs?

LINKE im Brandenburger Landtag
beantragt Verbot von Doppelmandaten

Brandenburger Landtagsabgeordnete können zugleich Mitglieder anderer Parlamente sein, zum Beispiel des Bundestages oder des Europa-Parlamentes. Das verbietet die Satzung des Parlamentes nicht – und deshalb ist es erlaubt.

DIE LINKE strebt bereits seit einem Jahr an, dass so genannte Doppelmandate verboten werden. Hohe Wellen schlug dies nach der Landtagswahl im Herbst 2019 als eine CDU-Bundestagsabgeordnete zugleich Landtagsabgeordnete wurde. Politische Mandate in Landes- und im Bundeparlament seien jeweils Vollzeitsjobs, sagte damals der Linken-Fraktionschef Sebastian Walter. „Mir ist völlig unklar, wie man zwei Mandate ausfüllen will.“ Eigentlich signalisierten SPD, CDU und Grüne, dass sie so etwas künftig ausschließen wollen.

Im Hauptausschuss des Landtages am 18. November wurde ein Änderungsantrag der LINKEN zum Verbot von Doppelmandaten

dennoch abgelehnt. „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern, so könnte man mittlerweile den CDU-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Redmann, interpretieren“, kommentiert der Parlamentarische Geschäftsführer der LINKEN im Landtag, Thomas Domres. „Inzwischen hüllen sich auch alle Mitglieder von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen in Schweigen.“ DIE LINKE wolle eine dauerhafte Lösung, so Domres. „Danach soll es allen Landtagsabgeordneten ab der nächsten Wahlperiode verboten sein gleichzeitig Mitglied des Bundestages oder des Europäischen Parlamentes zu sein.“ Diesen Antrag wird DIE LINKE in der Dezember-Sitzung des Landtages stellen. „Doppelmandate gehören endlich verboten“, fordert Domres.

Kommunalparlamente wie Kreistages und Gemeindevertretungen zählen übrigens nicht dazu, weil sie in Brandenburg zu 100 Prozent ehrenamtlich sind. (bc)

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSDP: Sebastian Walter.

nächste OW am
29. November